



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Büro des Landrats	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Bothe, Stephan AfD-Fraktion Datum: 06.02.2023	Antrag	2023/046
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Antrag der AfD-Fraktion vom 06.02.2023 zum Thema: "Die Asylpolitik den Realitäten anpassen!"

Produkt/e:

351-700 Sonstige soziale Angelegenheiten - örtlicher Träger - (FD 50)
111-110 Büro des Landrats

Beratungsfolge

Status	Datum	Gremium
N	27.02.2023	Kreisausschuss
Ö	20.04.2023	Kreistag

Anlage/n:

Originalantrag

Beschlussvorschlag Antragsteller:

Der Kreistag richtet mit Blick auf die ausgelasteten Kapazitäten der Landkreise zur Aufnahme von Asylbewerbern einen Appell an die Landes- und die Bundesregierung, den Zustrom von Migranten spürbar zu begrenzen. Auf dem derzeitigen Niveau ist der Zustrom nicht mehr zu bewältigen und die Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen sind nahezu erschöpft.

Sachlage:

Schon im Oktober 2022 schätzte Landrat Jens Böther die Situation nach einem Krisengespräch mit den elf hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und dem Landkreis Lüneburg als gravierend ein. Die Schaffung von immer neuen Sammelunterkünften mit ihrem provisorischen Charakter kann hier nicht die Lösung sein und wird aus Mangel an geeigneten Standorten auch immer schwieriger. Überdies schafft die Unterbringung in Sammelunterkünften oftmals weitere Probleme und auch bei vielen Bürgern stößt dies zunehmend nicht mehr auf Akzeptanz.

<https://www.landkreis-lueneburg.de/das-wichtigste-auf-einen-blick/aktuelle-informationen/presse/pressemitteilungen/ein-dach-ueberm-kopf-fuer-jeden-gefluechteten-landkreis-und-kommunen-wollen-sammelunterkuenfte-zusammen-einrichten.html>

Stephan Bothe

Antrag der AfD-Fraktion an den Kreistag

06.02.2023

Die Asylpolitik den Realitäten anpassen!

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag richtet mit Blick auf die ausgelasteten Kapazitäten der Landkreise zur Aufnahme von Asylbewerbern einen Appell an die Landes- und die Bundesregierung, den Zustrom von Migranten spürbar zu begrenzen. Auf dem derzeitigen Niveau ist der Zustrom nicht mehr zu bewältigen und die Unterbringungsmöglichkeiten in den Kommunen sind nahezu erschöpft.

Begründung:

Schon im Oktober 2022 schätzte Landrat Jens Böther die Situation nach einem Krisengespräch mit den elf hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und dem Landkreis Lüneburg als gravierend¹ ein. Die Schaffung von immer neuen Sammelunterkünften mit ihrem provisorischen Charakter kann hier nicht die Lösung sein und wird aus Mangel an geeigneten Standorten auch immer schwieriger. Überdies schafft die Unterbringung in Sammelunterkünften oftmals weitere Probleme und auch bei vielen Bürgern stößt dies zunehmend nicht mehr auf Akzeptanz.

<https://www.landkreis-lueneburg.de/das-wichtigste-auf-einen-blick/aktuelle-informationen/presse/pressemitteilungen/ein-dach-ueberm-kopf-fuer-jeden-gefluechteten-landkreis-und-kommunen-wollen-sammelunterkuenfte-zusammen-einrichten.html>

Stephan Bothe

AfD Fraktion